

„Aus der Mottenkiste“

Forderung prominenter Linker nach der 30-Stunden-Woche stoßen auf wenig Gegenliebe

Von Stefan Sauer

Kürzere Arbeitszeiten bei gleichem Lohn lassen das Heer der Erwerbslosen dahin schmelzen wie Butter in der Sonne, rücken Vollbeschäftigung in greifbare Nähe, lassen mehr Zeit für die Familie, stärken die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften und führen so auf Dauer zu kräftig steigenden Löhnen. Mehr noch: Eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche wird dem neoliberalen Kapitalismus den Garaus machen und damit jenen Irrweg beenden, der „in der ganzen Welt zu unermesslichem sozialem Elend“ führte. So einfach ist das.

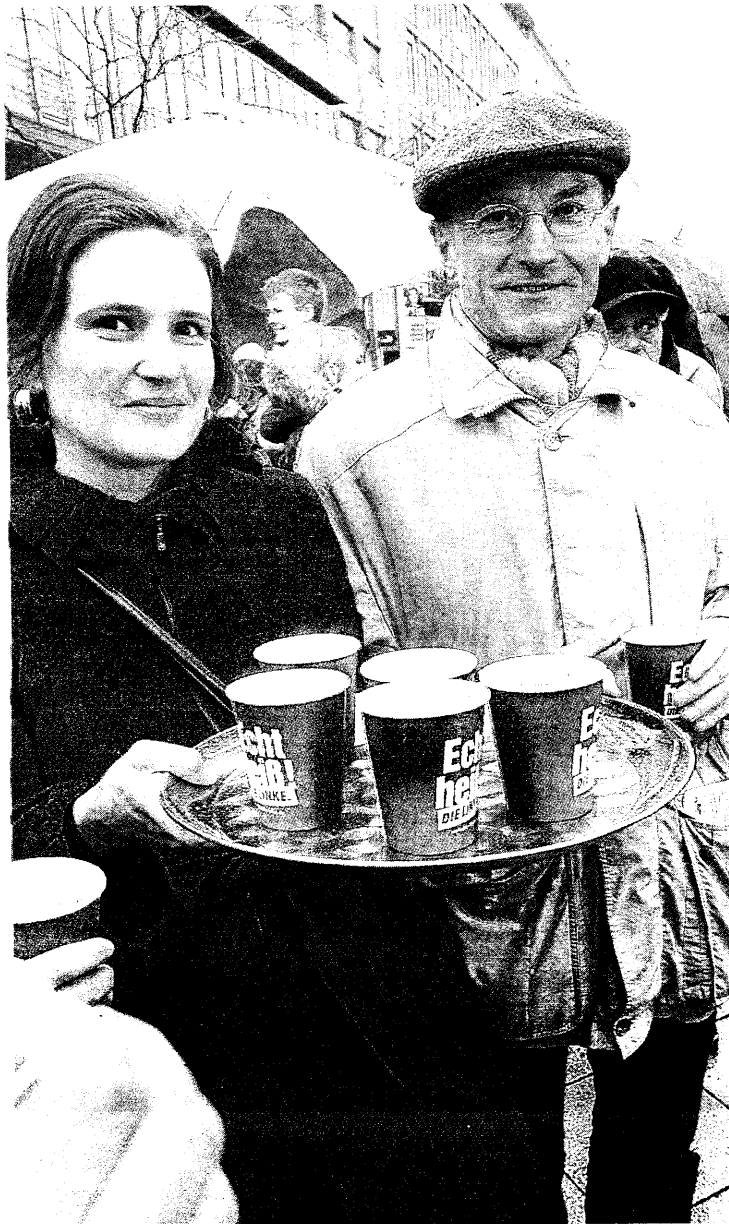
Gesellschaftliches Projekt

Mit dieser Botschaft sind am Montag mehr als 100 deutsche Politiker und Wissenschaftler an die Öffentlichkeit getreten, darunter der Kölner Politikwissenschaftler Christoph Butterwegge, der Sozialethiker Friedhelm Hengsbach sowie prominente Linken-Abgeordnete wie Katja Kipping und Sarah Wagenknecht. Sie plädieren an Parteien, Kirchen, Sozialverbände und Gewerkschaften, gemeinsam für eine 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich einzutreten. Arbeitszeitverkürzung sei nicht länger eine tarifpolitische Aufgabe, sondern ein „gesamtgesellschaftliches Projekt“.

Und als solches ziemlich unrealistisch. Denn es fehlt schlicht Unterstützung relevanter gesellschaftlicher Gruppen. Von den Bundestagsparteien stellt sich lediglich die Linke hinter den Vorschlag.

Beim Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) begnügt man sich mit dem Hinweis, Vereinbarungen zu Arbeitszeiten seien sehr wohl und nach wie vor Gegenstand von Tarifverhandlungen. Von einer „konzertierten DGB-Kampagne“, wie sie im Aufruf gefordert wird, will man in der Berliner Gewerkschaftszentrale schon gar nichts wissen.

Auch Einzelgewerkschaften wie die IG-Metall, die vor zehn Jahren mit der Forderung nach der 35-Stunden-Woche in den ost-



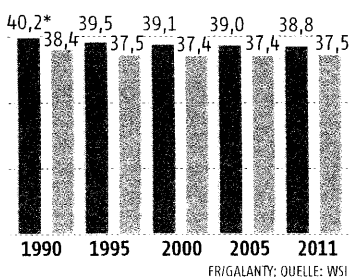
Eine der Unterzeichnerinnen: Linke-Vizechefin Katja Kipping. DPA

Wochenarbeitszeit

in Deutschland, Durchschnitt in Stunden

■ Ost ■ West

* 1991



deutschen Ländern wegen mangelnder Unterstützung der Belegschaften kläglich gescheitert waren (siehe Beitrag unten), halten sich bedeckt. Man kenne das Papier nicht im Detail und wolle den Vorschlag daher nicht kommentieren, hieß es am Montag.

Dass sich an dieser Haltung etwas ändert, ist nicht zu erwarten: In der IG-Metall-Spitze gelten flächendeckende Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohnausgleich schon seit langem als illusionär, Gewerkschaftschef Berthold Huber vollzog die Abkehr bereits

kurz nach seinem Amtsantritt im November 2007. Abseits offizieller Verlautbarungen heißt es wenig schmeichelhaft, es handele sich bei der Forderung nach einer 30-Stunden-Woche um „Humbug aus der Mottenkiste“.

Auch unter renommierten Wirtschaftswissenschaftlern finden sich kaum Unterstützer. Der Wirtschaftsweisen Peter Bofinger, der dem Lager linker Ökonomen zugerechnet wird, fehlt auf der Unterzeichner-Liste ebenso wie Vertreter des nicht eben arbeitgebernahen Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). „Schon die Grundannahme, auf denen das Plädoyer für die 30-Stunden-Woche fußt, ist falsch“, sagte DIW-Arbeitsmarktexperte Karl Brenke der Frankfurter Rundschau. Es sei keineswegs so, dass in Deutschland Arbeit knapp werde und daher nur gleichmäßig auf mehr Köpfe verteilt werden müsste, um Vollbeschäftigung zu erzielen. In der Schweiz und Skandinavien liege die Beschäftigungsquote deutlich höher als in der Bundesrepublik bei etwa gleichen Wochenarbeitszeiten.

Ein zentrales Problem des deutschen Arbeitsmarktes seien dagegen die vielen Menschen ohne eine Berufsausbildung. Sie wiesen – unabhängig von der Wochenarbeitszeit – eine weit überdurchschnittliche Erwerbslosigkeit auf.

Nachteile für Ungelernte

„Die Zahl der Arbeitsplätze für Ungelernte sinkt seit Jahrzehnten und damit verschlechtern sich auch deren Beschäftigungschancen“, erläuterte der DIW-Wissenschaftler. Daher würden gering Qualifizierte von einer 30-Stunden-Woche kaum profitieren: Die Aufgaben der kürzer arbeitenden Fachkräfte könnten sie nicht einfach übernehmen. Im Gegenteil: Es seien vielmehr beträchtliche Nachteile für Ungelernte zu befürchten.

Brenke: „Bei vollem Lohnausgleich führen Arbeitszeitverkürzungen zu Personalabbau. Als erste müssen erfahrungsgemäß Beschäftigte ohne Abschluss gehen.“ Ein Beitrag zur Vollbeschäftigung wäre dies gewiss nicht.